

Presseinformation

Potsdam, 15. Dezember 2010

Zum Urteil des Bundesarbeitsgerichts zur Bezahlung von Leiharbeitern erklärt **der arbeitsmarktpolitische Sprecher Dr. Andreas Bernig:**

Für Gleichbehandlung in der Leiharbeit – Lohndumping per Gesetz abschaffen!

Damit hat das höchste deutsche Arbeitsgericht klargestellt, dass Organisationen, die Tarifverträge abschließen, ohne dazu von den Mitgliedsgewerkschaften ausreichend legitimiert zu sein, keine Gewerkschaften im tarifrechtlichen Sinn sind. Die von der CGZP allein abgeschlossenen Tarifverträge sind daher unwirksam.

Diese Entscheidung ist ein tarifpolitischer Meilenstein und ein großer Erfolg für die Beschäftigten in der Leiharbeit. Damit ist klargestellt, dass die CGZP ausschließlich im Interesse der Arbeitgeber gehandelt hat - und nur zu dem Zweck, Tarifverträge zu äußerst niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen abzuschließen. Zukünftig können in der Leiharbeit nur Gewerkschaften das Tarifgeschehen bestimmen, die die Interessen ihrer Mitglieder auf angemessene Arbeitsbedingungen und Bezahlung durchsetzen können und wollen. Diese Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts ist zugleich eine Warnung an alle Organisationen, die versuchen, Lohn- und Beschäftigungsstandards zu unterlaufen und der Arbeitgeberseite durch Lohndumping Wettbewerbsvorteile zu verschaffen."

Mit dem Urteil des BAG haben die betroffenen Leiharbeitnehmer nun Anspruch auf gleiche Bezahlung wie die Beschäftigten in den Firmen, wo sie eingesetzt sind.

DIE LINKE fordert jetzt die Bundesregierung auf, dass

- alle Schlupflöcher im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz geschlossen werden, durch die der Gleichbehandlungsgrundsatz bisher unterlaufen werden konnte;
- Flexibilität nicht mit niedrigen Löhnen bestraft, sondern durch eine Flexibilitätsprämie belohnt wird;
- die Überlassungsdauer in der Leiharbeit auf höchstens drei Monate begrenzt wird und
- Betriebsräte ein zwingendes Mitbestimmungsrecht über den Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern erhalten und die Leiharbeit im Entsendegesetz mit aufgenommen wird.

DIE LINKE Fraktion
im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam
Pressesprecherin:
Alexa Lamberz
Telefon: 03 31 / 9 66 15 37
Telefax: 03 31 / 9 66 15 40
E-Mail: pressestelle@dielinke-fraktion.brandenburg.de

